

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— Mk., bei Selbstabholung 5,50 Mk. Durch die Post bezogen vierteljährlich 16.— Mk., für einen Monat 5.— Mk., Bestellgeld vierteljährlich 90 Pfa., monatlich 30 Pfa. Preis der Einzelnummer 30 Pfa. — Tel. 4596. — **Postkontonr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 18693. — **Verlag in Leipzig,**
Tauchaer Straße 19/21 — Telephon 4596

Inseratenpreis: Die 7spaltige Kolonelleile oder deren Raum 1,90 Mk. bei Platzvorschrift 2,30 Mk.; Familiennachrichten für die Zeile 1,70 Mk. Reklame-Kolonelleile 7,50 Mk. — Telephon für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluß der Inseraten-Annahme für die fällige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Ein Anschlag auf die Arbeitslosen-Unterstützung!

Ein Anschlag auf die Arbeiterklasse!

Die Arbeitslosenunterstützung ist der Bourgeoisie längst ein Dorn im Auge. Immer wieder schreit sie nach ihrer Beseitigung; sie weiß, daß auf diesem Wege ihr das Herabdrücken der Löhne und die Verlängerung der Arbeitszeit, die sie als die einzigen Mittel betrachtet, die kapitalistische Wirtschaftsweise wieder dauernd auf die Strümpfe zu bringen, erleichtert werden. So fordert sie frech und unmenschlich, daß die Arbeitslosen, die Opfer des Kriegsverbrechens, einfach dem Elend ausgeliefert werden. Und die Reichsregierung erbrütet diesen Schrei. Statt abzuschaffen kann man die Arbeitslosenunterstützung freilich nicht, das würde zu aufreißend wirken. Man geht ihr deshalb von hinten herum an den Kraken. Man will sie „erlösen“, d. h. abwürgen, durch eine Arbeitslosenversicherung.

Dem Reichsrat ist ein Entwurf eines Gesetzes für Arbeitslosenversicherung ausgegangen. Ausgenommen sind mit Rücksicht auf die Lage des Arbeitsmarktes u. a. Landarbeiter und Diensthoten. Träger der Versicherung sind die auf Grund eines besonderen Gesetzes zu schaffenden Kassenverbände. Die Mittel werden durch Beiträge der Arbeitgeber und der Versicherten, die je 1/4 tragen, sowie des Reichs und des Gemeindeverbandes, die je 1/4 zu leisten haben, aufgebracht. Arbeitslosenunterstützung wird nicht gewährt, wenn jemand seine Stelle freiwillig ohne triftigen Grund verlassen hat oder die Arbeitslosigkeit durch Streiks oder Aussperrung veranlaßt wird. Sechs Monate nach Inkrafttreten dieses Gesetzes tritt die Verordnung über die Erwerbslosenfürsorge außer Kraft.

Die Einzelheiten des Entwurfs stehen noch aus. Aber die schöne Rechnung, daß nicht bloß der, der infolge Streiks die Arbeit verliert, sondern auch der, der vom Unternehmer ausgesperrt wird, keine Unterstützung erhalten soll, schreibt schon Hände für die arbeitereindliche Tendenz des Gesetzes. Mit einer Versicherung sind zudem Karenzzeiten verbunden, vor deren Ablauf es keine Unterstützung gibt und Höchstleistungen. Über die hinaus nicht gezahlt wird! Es ist also auf jeden Fall eine erhebliche Einschränkung der Arbeitslosenunterstützung geplant, und auf alle Fälle eine neue Belastung der Arbeiter mit Beiträgen zur Bekämpfung eines Übels, an dem sie gänzlich unschuldig sind, das aus dem Wesen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung stammt und wofür deshalb auch allein die Nutznießer dieser Ordnung, die Kapitalisten, haftbar gemacht werden dürften.

Die Arbeiterschaft erklärt gerade noch rechtzeitig vor den Wahlen von diesem Plan. So kann sie die Stellung der Parteien dazu noch vor dem Wahltag feststellen. Arbeiter, achtet auf die Faltung der bürgerlichen Parteien und der Rechtssozialisten zur Arbeitslosenunterstützungsfrage und gebt ihnen am 6. Juni die Antwort dafür!

Die Konferenz in Spa.

Paris, 10. Mai. Nach den Berichten der heutigen Morgenblätter dürften in Spa alle Fragen, die mit dem Frieden zusammenhängen und an deren Erörterung Deutschland Interesse hat, besprochen werden. Eine Lösung des finanziellen Problems sollte ernstlich versucht werden. Hervorzuheben ist, daß Millerand entgegen der gestrigen Meldung nicht in Begleitung von Hoch, sondern in der des französischen Finanzministers nach London reisen wird. Die Nachricht, daß der Kriegsminister André Bessere sein Amt wieder angetreten habe, ist unrichtig. Millerand dürfte in Antwerpen, wo er nächsten Sonnabend erwartet wird, nur über die Finanzfrage sprechen und alle Erörterungen über die gänzliche Entlassung Deutschlands lassen.

Amsterdam, 10. Mai. Telegramm meldet aus Brüssel: An der Konferenz in Spa werden Frankreich, England, Italien, Japan und Belgien teilnehmen. Der amerikanische Gesandte wird den Sitzungen beiwohnen, ohne aber an den Erörterungen teilzunehmen. Die Konferenz wird voraussichtlich 300 bis 400 Personen umfassen.

Frankreich will ein Pfand haben.

In der französischen Presse macht sich jetzt ein Widerstand gegen den englischen Vorschlag bemerkbar, daß man sich mit der einfachen Forderung der deutschen Schuldenbegleichung begnügen sollte. Von verschiedenen Blättern wird betont, daß Frankreich von Deutschland ein Pfand bekommen müsse. Der Abgeordnete Ribot in der Rede des deutschen Finanzministers Dr. Brüning in Dresden die deutsche Einleitung für die Debatte in Spa. Deutschland plädierte nicht mehr auf unschuldig, aber es werde erklären, wenn es zahlen soll, müsse man ihm Kohlen, Schiffe und Lokomotiven liefern. Mit aller Energie müsse der französische Delegierte in Spa darauf dringen, daß die Verhandlungen sich nicht in einem Dukt von Einzelverhandlungen verlieren. Es komme nicht darauf an, die Höhe der Kriegsschuld festzusetzen, sondern ein Pfand für die Zahlungen zu sichern. Übrigens habe Deutschland noch so viel Kohlen, daß es sie an Neutralität verkaufe. In einer Mitteilung des Journals wird zum erstenmal angegeben, daß Frankreich der Forderung einer Gesamtsumme als Kriegsschuldung und ihrer Verteilung auf maßvolle Jahresraten zustimmen wolle, wenn die Alliierten es ermächtigen würden, von Deutschland ein greifbares Pfand als Bürgschaft für die Zahlungen zu fordern. Das Journal hofft, daß Lloyd George

schließlich einer solchen Anrechnung zustimmen werde. Welches Objekt die Franzosen als Pfand ins Auge gefaßt haben wird noch nicht gesagt.

Verchiebung der Konferenzen.

Brüssel, 10. Mai. (Savas-Meuter.) Der Minister für wirtschaftliche Angelegenheiten hat bestätigt, daß die Konferenz in Spa wahrscheinlich verschoben werden wird. Auch der Beginn der internationalen Finanzkonferenz werde deshalb bis Anfang Juni verlegt werden müssen.

Die Verhandlungen über die Wirtschaftsfragen.

Paris, 10. Mai. Ueber die bevorstehenden französisch-deutschen wirtschaftlichen Verhandlungen schreibt der Temps, man werde zunächst über den Wiederaufbau sprechen. Alsdann werde man zu Verhandlungen über den wirtschaftlichen Austausch übergehen und namentlich Vereinbarungen über die Ein- und Ausfuhr von Waren sowie auch über ein materielles Zusammenarbeiten der beiden Länder zu treffen suchen. Im ganzen sei man in Frankreich von dem Wunsche befeelt, Billige und praktische Lösungen zu finden.

Die Berliner Demonstration für Sowjet-Rußland.

Berlin, 11. Mai. (Eigene Drahtmeldung der L. B.) Die große Demonstration gegen die neue internationale Vertragsschöpfung wider Sowjetrußland, die die Berliner Arbeiterschaft heute veranstaltet, findet am Nachmittag 5 Uhr im Volkspark statt. In geschlossenen Zügen wird sich die Arbeiterschaft aus den Bezirken nach dem Versammlungsort begeben. Der geschäftsführende Ausschuß des Bezirksverbandes Berlin-Brandenburg der USF, und die KPD. (Spartakusbund), Bezirk Großberlin, fordern gemeinsam die Berliner Arbeiterschaft zu der Demonstration auf. Es werden sprechen von der USF: Däumig, Eichhorn, Künstler, Ledebour, Matzahn, Stein, Wegmann und Sieg, von der KPD: Fröhlich, Levi, Kück und Walcher.

Eine Kundendemonstration der Sozialdemokratie in Wien.

Berlin, 11. Mai. (Eigene Drahtmeldung der L. B.) Die Freiheit meldet von einer Kundendemonstration der Wiener Arbeiterschaft: Die sozialdemokratische Kundgebung gegen die Reaktion und für die Vermögensabgabe hatte einen Umfang, wie die unergieblichste Wahlkampfveranstaltung vom 28. November 1905. Ganz Wien stand unter dem Eindruck. Von drei Uhr an wurde der Straßenbahnbetrieb eingestellt, da die Straßenbahnfahrer an den Demonstrationen teilnahmen. Um 5 Uhr verließen die Arbeiter die Betriebe und zogen bezirkweise nach der Ringstraße. Diezüge marschierten in Reihen, auf der Ringstraße in Zwanziger-Reihen. Sie bewegten sich am Parlament vorbei über die ganze Ringstraße. Der Vorbemerkung dauerte 2 1/2 Stunden. Man schätzte die Zahl der Teilnehmer auf etwa eine Viertelmillion! Die Kommunisten gingen in kleinen Reihen nach dem Rathaus, wo sie eine Versammlung mit etwa 5000 Teilnehmern hatten.

Der Streik der polnischen Bergarbeiter.

Berlin, 11. Mai. (Zll.) In Oberschlesien ist am Montag ein Generalstreik der polnischen Bergarbeiter ausgebrochen. Ueber die Gründe des Streiks werden die verschiedensten Meinungen verbreitet. Eine Drahtmeldung der Freiheit aus Hindenburg berichtet, daß im Hindenburg Bezirk die Hälfte der Belegschaft streikt, und zwar aus nationalpolnischen Gründen. Nach anders lautenden Nachrichten haben die polnischen Arbeiter den Streik beschlossen, um gegen die nationalpolnische Offensive gegen Sowjetrußland zu protestieren. Es läßt sich noch nicht erkennen, ob auch wirtschaftliche Motive der Streikbewegung zugrunde liegen, ebenso nicht, ob der Streik länger als 24 Stunden dauern wird. Die Beteiligung an der Streikbewegung ist ziemlich stark; sie beträgt im ober-schlesischen Kohlenrevier 60-80, im Niederschlesien 90-75 Prozent. Man kann sagen, daß ungefähr drei Viertel aller Grubenarbeiter vorläufig streiken. Zu irgendwelchen Ursachen ist es bis jetzt nicht gekommen. Der Leiter der internationalen Kommission hat dem polnischen Führer Korfanta gegenüber sich gegen den Streik, den die Polen gestern verkündet haben, erklärt und dabei betont, daß die Entente den festen Willen hat, die Arbeitslosen in Oberschlesien zu schützen.

Polnischer Zustand in Winsk?

Stockholm, 8. Mai. Nach einer Ost-Meldung der Frankf. Zeit. soll im Bezirk Winsk ein Bauernaufstand gegen die polnischen Verwaltungsbehörden ausgebrochen sein. Die Bewegung richtete sich gleichzeitig gegen den polnischen Großgrundbesitz.

Antikapitalisten wider Willen.

Selbst das deutsche Bürgertum fühlt heute riesengroß die Gefahr sich reden, die von dem immer stärker um sich greifenden, nicht nur über Proletariat, sondern auch über Besitzverleihen marschierenden Geldterror der Kriegsgewinnler droht. Kriegsgewinnler — wir meinen damit nicht die Schar derer, die da ohne Handels- und Gewerbeschein mit dem Verschleßen einer Kiste Zigarren oder einer Speckseite angefangen haben, es bald auf einige hunderttausend Mark Umsatz brachten und nun, als die sogenannten „neuen Reichen“ eine vollkommen neue, wenn auch völlig zukunftslose Mittelschicht bilden, die sich ins Sterbelager der ehemaligen „aufstrebenden“, jetzt längst proletarisierten Leute gelegt hat. Die üben keinen Terror aus und bangen heute in der allgemeinen Waise darum, die um die rote Fingerring geschliffenen Brillanten wieder verschleßen zu müssen. Unter den wahrhaften Kriegsgewinnlern, die das deutsche Volk und sein Wirtschaftsleben immer stärker terrorisieren, sind vielmehr jene modernen Wessler und Fugger zu verstehen, denen das kriegsführende Deutsche Reich mit einer korrupten Bürokratie sich selbst als die Dungsstätte traumhafter Dribbenden angeboten hatte, die aus vermeintlicher oder wirklicher vaterländischer Not sich jahrelang ihre Goldbarren hämmerten und ohne deren guten Willen der verunglückte Westeuropäer Wilhelm II. seinen Ehrenkelch noch viel eher hätte einstecken müssen, als Karl V. mit einem Reich, in dem die Sonne nicht unterging, angeblich des reichen Augsburgers Gewürzhändlers bedürftig hatte. Das sind die wenigen Syndikatsgewaltigen des rheinischen Westens neben ein paar Bankgiganten aus Berlin W., die heute das wirtschaftliche Schicksal Deutschlands in der heißen Hand halten. Walter Rathenau, der philosophisch und sozialistisch angehauchte Generaldirektor der A. E. G., hat ja darüber, selbst „ein Mann vom Bau“, schon im Kriege geschrieben, daß Deutschland von nicht mehr als einem Duzend Leute wirklich beherrscht würde. In der Tat: Neben dem Abwanderungsprozess des Kapitals von einer Schicht Menschen zu einer andern, war ja unheimlich stärker sein Akkumulations(Aufhäufungs)prozess, der nicht zuletzt mit Hilfe der Reichsverteidigung, ihrer Kriegsdämmer, ihrer Reichsverteilungsstellen, ihrer Wirtschaftsdämmer, kurz, mit ihrem Heißhunger, verderbten Pseudosozialismus unserer sogenannten Kriegswirtschaft in immer weniger Händen den ganzen Reichtum der Nation zusammenballte, soweit er nicht vor Sperrn und Verbund, an der Save oder am All verpulvert und verzeppelt wurde. Wie kommt es, daß reaktionäre Soldnermassen in Deutschland, von denen niemand weiß, wer sie bezahlt, jetzt schon fast jahrelang unter Waffen stehen, von denen der Unterhalt einer einzigen Kompanie ungefähr so viel kostet, als der einer Brigade in der Vorkriegszeit? Woher schöpfen die Antikolonialisten und verwandte Weltesprodukte ihre Präfte zu Millionenaufträgen an Inseraten und Flugdrucken? Wie ist es möglich bei der allgemeinen Verarmung, daß heute vier Wochen vor der Wahl Parteienbildungen mit allen möglichen und unmöglichen Namen wie Pilze aus der Erde schießen und alle offenkundig das Geld zu höchsten Agitationskosten besitzen? Und andererseits fragt man sich: Wie steht es mit jenem offensichtlichen Mangel an allen Waren, nicht zuletzt an allen Fabrikaten der Schwerindustrie in Einflang, wenn heute Krupp in Essen berichtet, daß er trotz seiner völligen Einstellung auf die Friedensindustrie seit geraumer Zeit wieder genau so viel Arbeiter beschäftigt, wie bei Ausbruch des Krieges? Die tägliche Arbeit dieser achtzigtausend Arme kann doch nicht einfach purlos in irgendeiner Verfertigung verschwinden. Wie kommt es ferner, um nur irgend etwas aus dem wirtschaftlichen Rebus Deutschland herauszugreifen, daß die Mechanische Weberei binden, wie jetzt die Verwaltungen selbst mittelst, bei ihren 3000 Meistern und bei modernem Betriebsmaterial mit Aufträgen reich besetzt ist und in Tag und Nacht beschäftigt arbeitet — und alles dies doch bei einem Rohstoffmangel, über den uns unsere Offiziere alle Tage die Ohren vollheulen und der dazu herhalten muß, um den Wahnwahnstand der Preise zu begründen? Man kommt hier kaum an der Tatsache vorbei, daß eine Oligarchenherrenschaft ökonomischer Terroristen sich gebildet hat, die rücksichtslos ihrzepter schwingt. Die brauen regierenden Republikaner an der Spree tanzen, ohne es zu wissen, an deren Drähten und genau so und nicht schlechter, wie es ehemals die königlichen Regierungspräsidenten und Geheimräte schon taten. Man glaubt zu schreien und man wird geschrien. Herr Wisfler verfuhr ja einmal als Arbeitsminister mit einer plötzlichen Umwandlung sozialistischer Wollens, auf diese alte Masse des wahrhaften wirtschaftlichen Machtverhältnisses seine sogenannte „Planwirtschaft“ aufzuspielen, obgleich diese so rechtssozialistisch ja und windisch als möglich war, von einem wirklich nicht revolutionären Regierungsrat, dem Herrn von Müllendorff, ausgearbeitet wurde und das Divulgenmachen beiseite nicht unterbinden wollte. Wie Herr Wisfler